

Vormärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugpreis: Vierteljahr 9.-, Monat 3.-, Einzelheft 1.-...

Anzeigenpreis: Die achtgehaltene Komposition...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Montag, den 11. August 1919. Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Internationale und Bolschewiki.

Drei Fragen Renaudels.

(Eigener Drahtbericht des 'Vormärts') Die Nachricht des Wiener Korrespondenzbureaus, dass die Entente dem Erzherzog Joseph die oberste Zivilgewalt in Budapest übertragen habe...

Verschiedene Delegierte, auch der französischen Mehrheit, geben jenen Protesten den Vorzug, die nicht an solche Bedingungen geknüpft sind, in denen man eine Vorwegnahme der Unterjochung erblickt...

Kommunistische Strategie.

Die Hoffnung auf die Eisenbahner. Das Generalkomitee zum Studium des Bolschewismus ist in den Besitz eines geheimen Rundschreibens der Spartakus-Zentrale gelangt...

Landarbeiterstreiks in Frankreich.

Die Confédération Générale du Travail hat laut sozialistischen Blättern eine neue Gewerkschaft gebildet, welche zur Organisation der Landarbeiter dienen soll...

Der Exkönig als Millionenschmuggler.

Wie einem Mittagsblatte gemeldet wird, handelt es sich bei dem schon in unserem Morgenblatte gemeldeten Versuch des ehemaligen sächsischen Königs, einen Teil seines Vermögens über die baltische Grenze zu schmuggeln...

Der Bankbeamtenstreik in Hamburg.

Die Bankbeamten in Hamburg-Altena sind heute in den Streik eingetreten. Die Banken sind insoweit geschlossen...

Truppenverstärkung in der neutralen Rheinzone.

'Chicago Tribune' zufolge hat der Kaiser rat den Vorschlag Fochs angenommen, wonach Deutschland ermächtigt wird, neue Truppen in die 50-Kilometerzone östlich des Rheins zu legen...

Der ober-schlesische Streik.

Rattowitz, 11. August. Die die Pressestelle des Staatskommissariats mittelt, streiken 35 bis 40 Prozent des gesamten ober-schlesischen Kohlenreviers...

Der ober-schlesische Streik.

Dieser unser Standpunkt gilt nur für jetzt und kann sich täglich ändern. Würde, was wir heute noch nicht wissen, der Eisenbahnerstreik sich lange hinziehen...

Streikmulte in New York.

Die englischen Blätter vom 9. August bringen eine Neutermeldung aus Brooklyn, aus der hervorgeht, daß es dort im Zusammenhang mit den Streiks zu ersten Zusammenstößen gekommen ist...

Der Friedensvertrag vor dem amerikanischen Senat.

Die Ratifizierung des Friedensvertrages scheint in Amerika doch nicht so glatt vor sich gehen zu wollen, wie Wilson hofft und wünscht. Aus Washington wird gemeldet: Der Senat verlangt von Oberst House Erklärungen über die Haltung der amerikanischen Friedensdelegation...

Berliner Reichswehr nach Chemnitz?

Ein Berliner Mittagsblatt will wissen, daß gestern von Berlin zwei Reichswehrregimenter nach Chemnitz abgegangen sind, um dort zur Verstärkung der sächsischen Truppen zu dienen...

Die neuen Grenzen Ungarns.

'Chicago Tribune' zufolge hat der Oberste Rat vorgestern nachmittag die neuen Grenzen des ungarischen Staates festgelegt. Er hat ferner bestimmt, in welcher Weise die alliierten Truppen in der für die Volksabstimmung vorgesehenen Zone Ober-schlesiens verteilt werden sollen...

Lubendorff als Revolutionsgewinnler.

Lubendorff als Revolutionsgewinnler. Lubendorff läßt sein Buch über den Zusammenbruch auch ins Englische und Französische übertragen...

Erzbergers Brief an Foch. Die 'Tägl. Rundschau' veröffentlicht jüngst einen Brief Erzbergers an den Marschall Foch, worin ersterer sich für die Freilassung eines namentlich angeführten deutschen Gefangenen verwandte...

Der ober-schlesische Streik.

Die Eisenbahner treten neu und zum ersten Male in eine große revolutionäre Aktion ein. Ihnen liegen nur die wirtschaftlichen Ziele vor Augen, diese freilich im weitesten Umfang, möglichst eingeschlossen...

Hier tritt recht klar in Erscheinung...

Hier tritt recht klar in Erscheinung, in welchem Maße sich Panatismus mit höchster moralischer Struppellostigkeit verbinden kann. Die Eisenbahner und nach ihnen die anderen Arbeiter sollen in Streik geholt werden unter sozialistischer Verbergung der politischen Ziele...

glauben, es als blindes Werkzeug ihrer Pläne mißbrauchen zu können. Nicht besser wird das Proletariat seine Reife beweisen können, als indem es selbst seine Verderber kräftig zur Verantwortung zieht.

Von pikantem Reiz ist schließlich, was das Rundschreiben über die Unabhängigen sagt:

Wir glauben, daß die Haltung der U. S. P. in der Friedensfrage — schwächlich, gebastet und unwahrhaftig — (indem sie die Willkür des Friedens einfach weglag) nicht genug geahndet werden kann. Nachdem sie jetzt der Bourgeoisie den Ausweg der Unterzeichnung selbst geöffnet haben, hoffen sie auf irgend welchen Zufall, etwa Schwierigkeiten im Osten, der ihnen das geben soll, was sie eben erst wieder weggegeben haben. Nicht weniger gefährlich ist ihre neue Parole: Neuwahl des Reichstags. Statt aus dem moralischen und politischen Voulterott der Nationalversammlung auf den der Bourgeoisie zu schließen, schließen sie nur darauf, daß in der Nationalversammlung nicht genug Unabhängige gewesen sind, als ob 5 Dutzend Unabhängige statt 2 ein anderes Bild ergeben hätten. Bei alledem ist besonders bemerkenswert, daß gerade der sogenannt linke Flügel der U. S. P. sich vollkommen ins Schlepptau des rechten hat nehmen lassen. Willenslos macht er alles mit, was die Parteibureaucratie unter Führung der Haase und Konforten diktiert.

Würde das Rundschreiben nicht auf die — in der Tat höchst inkonsequente — Haltung der Unabhängigen in der Friedensfrage hinweisen, so müßte man annehmen, daß es älteren Datums ist, so wenig zeitgemäß scheint das Bild, das von den Verhältnissen innerhalb der U. S. P. D. und ihrem Verhalten gegenüber den Kommunisten gezeichnet wird. Wir haben neulich hier die Frage aufgeworfen: „Darin unterscheidet sich ein Unabhängiger noch von einem Kommunisten?“ und wir sind überzeugt, daß die Masse der Arbeiter auf diese Frage überhaupt keine Antwort hat. Wenn der kommunistische Spartakusbund noch immer mit seinem Nachbar von rechts unzufrieden ist, so erfährt der Außenstehende daraus nur, welche strenge Anforderungen die äußerste Linke an ihren teils willigen, teils unwilligen Nachbar stellt.

Aber noch eine andere Erwägung drängt sich auf: Wenn die Kommunisten nicht einmal der unbedingten Gefolgschaft der Unabhängigen sicher sind — welche verbrecherische Gewissenlosigkeit ist es, die Arbeiterkraft in entscheidende Machtkämpfe hineinzuheben zu wollen, für deren Erfolgswahrscheinlichkeit die erste unmittelbare Voraussetzung, die innere Einheit und Geschlossenheit, fehlt? Niemand weiß, wie klein die Zahl der Kommunisten ist, da diese Partei sich weigert, in demokratischen Wahlen ihre zahlenmäßige Schwäche zu enthüllen, woher nimmt diese winzige Minderheit das Recht, sich zum Herrn über das Proletariat aufzuwerfen, zum wirklichen Herrn, der über Leben und Tod entscheidet?

Wir gehen vielleicht auch innerpolitisch schweren Zeiten entgegen, denn die unverschämte Art, mit der die Entente die monarchistische Gegenrevolution begünstigt, läßt Schlimmes befürchten. Die besten Helfer der Gegenrevolution sind aber die Herren vom Spartakusbund. Ueber Spartakus ging in Ungarn der Weg zurück zu Salzburg. Seien wir uns doch klar darüber: Es gibt in Deutschland mehr Leute, die die Monarchie als solche, die die Sowjetrepublik wollen, und käme es einmal bei uns, unter Mitwirkung der mittleren Elemente, zum Kampf zwischen den beiden Extremen, so wäre der Sieg der äußersten Reaktion gewiß. Stark gegen rechts kann die Arbeiterklasse nur sein, wenn sie sich gegen die kommunistisch-bolschewistischen Forderungen von links widerstandsfähig erweist. Wenn sie aber durch die Spekulationen des Ruljews, die Seker des Bruderkrieges ihre Kraft zerschütten läßt, dann wird sie eines Tages noch erfahren, was Gegenrevolution ist. Die Reaktion wird mit fliegenden Fahnen zurückkehren und ein Regiment aufrichten, das dem heutigen von den Unabhängigen als gegenrevolutionär bekämpften sehr unähnlich sein wird. Zu spät werden dann die Verblichenen erkennen, daß sie die Totengräber der Republik und des Sozialismus gewesen sind.

Gericht der Toten.

Von Fritz Karstädt.

Ihr, meine toten Kameraden, wußtet nicht, warum ihr das Leben prägnant. Ich nein, ihr starbt nicht gern, ihr starbt schwer, aber es war so „eingeführt“. „Sie wollten nicht anders.“ Alle wurden wir in diese endlose Reihe der Schlachten hineingepreßt, die hinten immer frischen Jutrom erhielt. Kein Entweichen war aus ihren engen Wänden; was vorn heraustrat unter dem Druck der nachdrängenden Massen, fiel, war erledigt. Du oder ich, „der kam an die Reihe. Dachte mal einer dumpf in einem halben Wahn der Verzweiflung, warum müßten wir vielleicht morgen sterben, so lang das alte Wort: „Sie wollten nicht anders.“ Trüben sie, deren Feuer und geschlag, sie wollten nicht anders. Dieses Wort ging vier Jahre, ging durch laufend Höhlen, Löcher, Gräben, Stützen und Leben. Infeinhlich verständig dieses Wort alle Veranlaßt, blüete jeden Gedanken, jeden Begriff von irgend etwas, das außerhalb des Kreislaufs der nie durchdrachten Phrasen lag. Sie wollten nicht anders! Es war so ein müderes und fadens Wort, das jeden Einwurf abschneid, das auch die Heimat für die in hundert Wätern voll Drückerwürde. So starbt ihr, meine toten Kameraden, weil sie nicht anders wollten, weil sie uns den Frieden nicht geben wollten, nach dem wir schrien.

Schreien wir? Wollten sie nicht anders? Nun, ihr Toten, jetzt durchdringt etwas die Luft, jetzt pocht etwas mit Schlägen, schon vernehmbar, aber lauter und lauter wird tödlich der Schall, wächst immer mehr, schreitet aus, wölgt sich, ballt sich zu riesigen Tönen, pocht an eure Gräber, ihr Toten, pocht, pocht. Die Wahrheit pocht an. Wellest ihr eine Lüge hieß man euch schlafen. Küßt euch, meine toten Kameraden, um euch geht es, um das, warum ihr starbt. Man geht dem „sie wollten nicht anders“ zuleibe, dem alten Wort, das man euch in den Nöten, in Verzweiflung entgegenhielt, das euch in die Augen hefte, in die Explosionen, das man euch in den Tod mitgab. Dem alten Wort pocht man zuleibe. Man beginnt es zu schälen, langsam seiner unfaulenden Hülle zu entziehen. Küßt euch zum großen Nichterzug, meine Kameraden. Männer sind da, dicke, feste, sicher scheinende Männer, die nicht jede Hand begeistert ergreifen, um euch dem drohenden Opfer zu entreißen. Männer, die leben, die heute noch hier und wohl leben. Sie werden beweisen müssen, ihr toten Kameraden, daß gar nichts, kein Rettungstropfen, kein noch so winziger, da war, um das Opfer von euch zu werden. Sie werden das Wort „sie wollten nicht anders“ durchstöße für Durchstöße beweisen müssen. Und wenn es ihnen nicht gelingt, wenn auch nur ein ganz geringes übrig bleibt, was sie verfehlten, versumten, mit der Hand vor den Augen in beschämtester Blindheit nicht sehen wollten, wenn auch nur die leiseste, nicht erspürte Möglichkeit sich darbietet, den Verdacht zu hegen, daß es anders

Der Wiederaufbau als Aushängeschild.

In der „Freiheit“ macht E. Kaufhäuser ausführliche Vorschläge zum Wiederaufbau in Nordfrankreich und Belgien. Sie deden sich fast vollständig mit einer Denkschrift, die von Dr. Max Rudolf und Dr. Herbert Auerbach verfaßt und von der Waffenstillstandskommission veröffentlicht worden ist und mit den Verlautbarungen anderer unabhängiger Führer. Diese fordern bekanntlich, daß der Wiederaufbau des zerstörten Gebietes vom Staate in Angriff genommen werden soll, und zwar unter völliger Ausschaltung der privatkapitalistischen Unternehmer. Die Vorschläge hören sich ganz schön an, berücksichtigen aber die Tatsache nicht, daß zu einem genossenschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiter und Angestellten, die unter staatlicher Überleitung zu arbeiten hätten, noch so gut wie gar keine Vorarbeiten getan worden sind. In Arbeitergenossenschaften haben sich bisher freiwillig wenig mehr als 1000 Arbeiter in ganz Deutschland zusammengeschlossen. Hochschulleute, die in der Bewegung der gemeinnützigen Arbeitergenossenschaft aktiv tätig sind, stehen auf dem Standpunkt, daß diese Form des Arbeitbetriebes zwar in größtem Umfang zu den Wiederaufbauarbeiten verwendet werden kann, daß schon mit Rücksicht auf den Umfang der Arbeiten der Mißbrauch des Unternehmertums nicht zu entarten ist. Diese Tatsache könnte den „Freiheit“-Männern sehr gut bekannt sein, ist ihnen aber zu unbedeutend, als daß sie sie ihren Lesern mitteilen.

Auch wir würden es begrüßen, wenn der Beschluß des Nürnberger Gewerkschaftsalltagess, die Arbeiten unter Ausschluß des Privatkapitals vornehmen zu lassen, von der Regierung in die Tat umgesetzt werden könnte. Wo dies aber angesichts der Schwierigkeiten der Organisation nicht möglich ist, wo vor allem die Rücksichtnahme auf die Dringlichkeit der Arbeiter und die beschleunigte Rückführung der Kriegsgefangenen eine Beteiligung des Privatkapitals unerlässlich ist, darf die Teilnahme der Arbeiterkraft nicht an den Utopien einiger Leute scheitern. In jedem Falle ist zu fordern, daß der genossenschaftliche Betrieb den Vorkurs erhält, und auf die Durchführung der Forderung ist ganz besonders zu dringen, wo — wie bei Einbringungs- und Abräumungsarbeiten — geringe oder gar keine Betriebsmittel und Bauhölfe nötig sind. Darüber hinaus ist einer Ausschaltung des Privatunternehmers überhaupt nur dann praktisch näherzutreten, wenn tatsächlich mehrere Hunderttausend Arbeiter mit kaufmännischem und technischem Personal bereitstehen, um in Selbstverwaltung die Arbeit aufzunehmen.

Diesen Versuch einer genossenschaftlichen Organisation hat die U. S. P. bisher nicht gemacht. Sie überläßt das Experiment gänzlich der Regierung, wohl wissend, daß es nicht über Nacht mit Erfolg durchgeführt werden kann. Und wenn es nicht klappt, so warzen es natürlich die „Scheidemänner“, die daran die Schuld haben.

Die Spiegelfechelerei der Unabhängigen ist ganz besonders deshalb festzuhalten, weil selbst dann, wenn die Regierung den Unabhängigen folgen würde, absolut keine Gewähr dafür besteht, daß die Unabhängigen eine solche Politik später unterstützen. Ihre bisherige Reinfogeprozis, ihr ängstliches Zurückweichen vor den Kommunisten, ihre Haltung zu den wilden Streiks verurteilen alle Hoffnungen dieser Art von vornherein zur Ausschließlichkeit.

Ob ein denkender Arbeiter auf so sinnlose Stimmungsmaße hereinfällt?

Künstliche Aufregung.

Die von uns in der Freitagmorgenausgabe wiedergegebene und als Korrespondenzmeldung gekennzeichnete Mitteilung der Korrespondenz Sodaarwsk über die Stellung des S. P. D. Volksgenrates zum Wiederaufbau entspricht, wie uns von diesem mitgeteilt wird, in keiner Weise den Tatsachen. Der Volksgenrat hat sich offiziell mit der Wiederaufbaufrage überhaupt noch nicht beschäftigt, weil er dazu erst das Ergebnis der Verhandlungen in Versailles abwarten muß. Säon aus diesem Grunde ist die aus der Luft gegriffene Kombination, daß der Volksgenrat mit der Notwendigkeit eines Arbeitszwanges rechnet, hinfällig. Soweit mit den Regierungsvertretern Abklärung genommen worden

hätte kommen können ohne eure Leidestopfer, so wird sich die Erinnerung an euch gegen jene zu einer riesigen Anklage verdichten. Ihr, Kameraden, werdet die Wälsung der Toten bilden und hinter denen sendgeschafft, schredenerregend stehen, die euch Rechenschaft schuldig sind. Eure schredlich verkrümmten und zerschlenen Leiber, das Blut eurer Millionen Wunden wird sich in brodelnden Bächen um den Kreis des furchtbaren Gerichts ziehen, das ihr zu fordern als erste ein Recht habt.

Ihr, meine toten Kameraden, ihr zuerst, ihr Hagi an!

Das Ende des Alkohols in Amerika.

Während des Weltkrieges haben sich viele Dinge geändert, so gründlich geändert, daß wir fast verwundert sind, sie auf einmal in der neuen Form vor uns zu sehen. Im Lande der vielen und starken „Drinks“, der Vereinigten Staaten, ist insbesondere eine sehr merkwürdige Aenderung vor sich gegangen, die dem normalen Deutschen schier unjagbar scheint: seit dem 1. Juli ist im ganzen Lande kein Tropfen Alkohol mehr geistlich erlaubt! Weder Whisky noch Bier oder Wein — schreibt die „Köln. Zig.“ in einer launigen Mäanderei, der wir hier folgen — darf mehr hergestellt oder eingeführt oder ausgeführt oder auch nur besessen werden. Gung so schlimm wird, es ja nun nicht sein, wie das Gesetz es will. Wenn man den Nachrichten von drüben Glauben schenken darf — und in diesem Falle darf man es wohl —, haben die weißen Leute vorgebaut. Ganze Keller sind mit dem verbotenen Saft gefüllt, und wer sich den nötigen Vorrat bis an selbige Ende nicht einzulegen vermochte, hat wenigstens einige Flaschen auf die Seite gebracht. Von einem 22jährigen Freunde eines starken Tropfens wird berichtet, er habe die erforderlichen Zutaten für 100 000 Godlails in Sicherheit, und ein anderer im Alter von 62 hat sich 100 Barris Bourbon-Whisky eingelegt. Solche Schwere wird es zu tauelnden geben, denn ein härteres Gesetz zur Umgehung eines Gesetzes ist noch nicht dagewesen, seit die Väter die Verfassung erdachten. Man hat von jeder ein Erstickliches in diesem Punkte geleistet, da nach landläufiger Auffassung ein Gesetz nur dazu da ist, umgangen zu werden. Und wer dabei erfolgreich ist, hat immer die Lächer auf seiner Seite.

Die Sache hat indes auch ihre ernste Seite. Daß sich ein Hundertmillionenmolk einen solchen Eingriff in seine Lebensführung nicht ohne weiteres gutwillig gefallen läßt, ist klar. Die Parlamente haben zwar das Gesetz gemacht, aber die Massen brauchen deshalb noch nicht einmütig hinter dem Beschluß zu stehen. Lanneben sind in dem Alkoholgeschäft Milliardenwerte angelegt, in den Brauereien, Brennereien, Kellereien, Einfuhrhäusern, den Hotels, den Schulen und den Salons. Vierz dieser Anlagen werden ja wohl einer anderen Bestimmung zugewidmet werden können, diese aber sind rettungslos entwertet. Die meisten der großen Brauereien haben sich auf Feceerme verlegt, andere machen harmlose Tränke wie Limonade, andere wieder fabrizieren Schokolade oder Pfeffer, Karamelle und Sirup, wieder andere haben sich in Kältepeicher für Eier, Geflügel oder Obst umgewandelt. Einige

ist, geschah dies lediglich zum Zwecke der Information. Eine Sitzung des Volksgenrates hat, wie nochmals betont sein mag, nicht stattgefunden.

Aus diesem Grunde ist die marktgerichtete Aufregung der „Freiheit“ über die angebliche Haltung des S. P. D. Volksgenrates höchst überflüssig. Wenn sie sich erdreistet, den Volksgenrat der S. P. D. als gelben Volksgenrat zu bezeichnen, so sollte sie lieber statt dessen eine Umfrage bei ihren eigenen Leuten veranstalten, denen zum allergrößten Teil die Erinnerung an die selbige „arbeitsfriedliche“ Zeit noch nicht aus dem Gedächtnis entschwunden sein wird. Sie würde verblüffende Feststellungen ergeben.

Eine Blütenlese aus der antisemitischen Hetzpropaganda.

In den letzten Wochen wird Deutschland mit vielen Millionen Exemplaren von Flugchriften übersättigt, die an die Zeiten der achtziger und neunziger Jahre erinnern, aber das damals in antisemitischer Dege geleistete womöglich noch überbieten. Die Flugblätter gehen als „Streng vertraulich“ vom Ausfluß für Volksankläge in Berlin, Köthener Straße 45, vom „Deutschen Schutz und Trugbund“, Landesverein Württemberg“, vom „Deutschbolschewischen Bund“ in Hamburg aus, soweit sie nicht anonym verbreitet werden.

In einem dieser Flugblätter „Als Handchrift gedruckt“ heißt es: „Wer ist es nun, der Euch von der Arbeit zurückhält? Der Jude und seine Helfershelfer! Er behauptet ja von sich, daß er allein Handel und Wandel verhandle und in den Händen halte. Zwar ist sein Handel meist nur Betrug, aber er hat Recht. Zurzeit hat er Euch fest in den Händen. Ihr seid sein! Sacht Ihr ihn selbst schon schwer arbeiten, diesen Schächer und Sücherer? Sacht Ihr seine schweilige Faust schon? Reinst Du, Deine Frauen und Kinder sind nur durch die Rot gestorben? Nein! Sie sind auch gestorben dadurch, daß der Jude Dich um Fett, Vieh und Wehl betrog. Wer mästete sich mit den verbotenen geschlachteten Schweinen hausmässig? Der Jude! Es hinderte also den Juden seinen Glaubens-Ritual nicht, uns das Schweinefleisch zu entziehen.“

In diesem Tone geht es lustig weiter! Ein Flugblatt „Die Maske ist gefallen“ wirt den Juden vor, daß sie den deutschen Siegeswillen untergraben haben, daß sie Spartakus und die Bolschewisten bezaubeln, die Kriegsanleihen herunterbringen, Europa zum Tollhaus machen.

Zwei große Wochenblätter, die im Gegensatz zu diesem „Vertraulich“ von Hand zu Hand in Vielauslagen übermittelten Flugblättern, überall öffentlich zu haben sind, das „Deutsche Wochenblatt“, Herausgeber Richard Kunze und „Der gerade Weg“ bauen in dieselbe Kerbe. Darin wird die neue Verfassung geradezu als ein rein jüdisches Machwerk bezeichnet und der Vater des Volkes, Herr Dr. Preuß, als „Jude“ entlarvt. Selbst an der Kohlennot sind die Juden schuld!

Diese Blütenlese mag genügen. Man treibt eine gefährliche, wahnwitzige Volksvergiftung, die unfehlbar zu Pogromen führen muß und die deutschbolschewischen Kreise sicherlich noch zu neuen heftlichen Taten begeistern wird. Jedenfalls verdienen es diese antisemitischen Ausgebirten nicht mehr „streng vertraulich“ genommen, sondern weiteren Kreisen zugänglich gemacht zu werden.

Eine Hungerdemonstration. In Treuenbriegen i. R. befindet sich ein Verein Mozarett vom Roten Kreuz, welches als Militär-Lungenheilstätte geführt wird. Die Insassen sind lungenkranke Soldaten der alten Armee. Am Donnerstag, den 31. Juli 1919 gegen 2 Uhr nachmittags konnte man einen Zug von 45—50 Mann dieser Bedauernswerten vom Lazarett zur Stadt ziehen sehen, voran ein Soldat mit einem Teller mit grüner Suppe, die als „Spinat“ bezeichnet wurde. Der Zug bewegte sich stumm und still durch verschiedene Straßen der Stadt und hielt vor dem Rathaus an. Dort hob der Soldat den Teller hoch und fragte öffentlich die deutsche Regierung, ob sie noch fernermitteln es dulden will, daß die lungenkranken Soldaten mit solchem Essen totgehungert werden. Nachdem das Mitgefühlen noch an verschiedenen maßgebenden Stellen vorgezeigt wurde, löste sich der Hungerdemonstrationszug in aller Ruhe und Ordnung auf.

Indes haben sich nicht ohne weiteres ergeben, sondern drüben ein Bier, das nur 2% v. V. Alkohol enthält, und das deshalb nicht unter die verbotenen „Berausenden“ Getränke fallen soll. Der Justizminister hat schon Vorkehrungen getroffen, in sämtlichen Staaten Prozesse einzuleiten, die dann bis vor das Bundesgericht kommen werden, und hier wird dann endgültig festzustellen sein, ob der Zufall zur Verfassung verfassungswidrig ist oder nicht. Herrliche Ausichten für die Junni der Adolanten! Diese aber wollen anheimelnd den Ausgang dieser Prozesse nicht abwarten, sondern sind entschlossen, feuchtere Himmelsbrücke aufzusuchen.

Notizen.

— Ruggiero Leoncavallo, der italienische Komponist, ist 61 Jahre alt, gestorben. Seine Oper „Der Bojazzo“, in der warmes Blut floß, war ein großer Kreiser und blieb das einzige Werk, das ihm gelang. Als sie es zu Weltrauf gebracht, wurde Leoncavallo bekanntlich von Wilhelm II. ausgerufen, einen „Holland von Berlin“ zu komponieren. Dies Experiment schlug nach weitläufiger Arbeit gänzlich fehl. Das Unternehmen gehört ins Tagebuch der imperialistischen Reklameleistungen, in denen das wilhelminische Regime eine Porze gesucht hat. Schließlich hat dann eben dieser Kreiser für den italienischen Nationalismus gegen Deutschland Ruft geleist.

— Rußl. In der am 20. September stattfindenden Festaufführung der 2. Sinfonie von Gustav Mahler wirken mit: das Philharmonische Orchester, der Orban Miltelre Chör, Virgil Engel vom Berliner Opernhaus und Luise Wüller vom Nationaltheater in München. Leitung Generalmusikdirektor Bruno Walter.

— Der Bund der deutschen Gebrauchsgraphiker, Berlin-Charlottenburg 2, Kanstr. 159, hat jetzt die erste Nummer seiner Mitteilungen herausgegeben, in der er unter seinen Mitgliedern zum 1. September einen Wettkampf für das Bildet des Bundes erläßt. Preisrichter sind Professor Bruno Paul und Lucian Bernhart.

— Theater. Im Deutschen Theater führen russische Schauspieler unter der künstlerischen Leitung des Regisseurs des Petersburger Kleinen Theaters Waldemar Schumsky am 17. August, 3 Uhr nachmittags, in russischer Sprache das fünfaktige Schauspiel „Herbstliche Weigen“ von Njn Sargutjoff auf, ein Stück aus dem Spielplan des Moskauer Künstlerischen Theaters.

— Der klassische Film. Eine Berliner Filmfabrik kündigt jetzt einen Film folgendermaßen an: „Arme Maria“ nach dem Roman „Maria Magdalena“ von Friedrich Heibel. Bei Heibel heißt die arme Maria weber Maria, nach Magdalena, sondern Clara, und was den „Roman“ von Heibel anbetrifft, so ist er ein Drama, das der Filmautor sicher noch nicht gelesen hat.

— Ein Hans-Pfiffer-Werl. Der Hans-Pfiffer-Werl für deutsche Lustspiele, dessen Sitz zwar München ist, der sich aber über ganz Deutschland erstreckt, hat zu Ehren des 50. Geburtstages Pfiffers ein „Verzeichnis sämtlicher erschienenen Werke“ mit einem Vorwort „D. Pfiffer und die absolute Rußl“ von Al. Berrsche verfaßt.

Der Generalstreiksschwindel in der Kali-industrie.

Der Bergarbeiterverband gegen den Generalstreik.

Halle, 11. August. (Eig. Drahtbericht des „Borw.“) Die Leitung des Bergarbeiterverbandes hatte zu Sonnabend, den 9. August, die Vertrauensleute sämtlicher Kali-bergwerke Deutschlands zu einer Konferenz nach Halle eingeladen. In dieser Konferenz wurde die Bezirksleitung beauftragt, einen Aufruf an die Kaliarbeiter Deutschlands zu richten. In dem Aufruf, der in einem „Der Generalstreiksschwindel in der deutschen Kaliindustrie“ überschriebenen Flugblatt verbreitet wird, heißt es u. a.: „Niemals ist gewissenloser mit Tausenden von Arbeiterexistenzen gespielt worden wie im gegenwärtigen „Generalstreik“ der Kaliarbeiter. Wir wollen zuerst abwarten, wie weit die Unverschämtheit der Forderungen geht, bevor wir den Kaliarbeitern die Augen öffnen. Nun ist aber das Maß voll! Der sogenannte „Generalstreik“ ist ein ausgeprägter Machtwort des Herrn Peters vom Bezirksarbeitsrat. Dieser junge Mann wurde bei den Verhandlungen über die Bezirksreform für das Halle'sche Revier an die Luft gesetzt und von seinen eigenen Freunden im Stich gelassen. Bei seinem unfehlbaren Abgang schwor er Rede, und von diesem Tage ab datiert die Mährerei für den Generalstreik.“

Es spottet jeder Rede, mit welcher infamen Mitteln der „Generalstreik“ durchgeführt wird. Unbefugte Forderungen von Schacht zu Schacht und erschließen den Befehlshabern, daß sich alle deutschen Kaliarbeiter im Streik befinden und wir allein noch arbeiten. Die unabhängige Parteipresse verbreitet immer noch im Feldzug, daß der größte Teil der Kaliarbeiter sich im Streik befinden.

Rein Wort davon ist wahr!

Nach genauen Feststellungen befinden sich am Sonnabend, den 9. August, von ungefähr 600 Schächten 31 Schächte (nicht Werke) im Streik. Kammeraden! Nehmt endlich Vernunft an und laßt Euch nicht weiter und unnütz führen. Der Verband wird weiter Eure Interessen wahren!

In den Berichten der unabhängigen Presse über die zweite von der „Verhandlungskommission“ einberufene Konferenz am 7. August wird von einer Solidaritätserklärung der Braunkohlenbergarbeiter gesprochen. Auch das ist eine der allbekanntesten Forderungen. Die Braunkohlenarbeiter in Ostfalen im Ostfalen und im Magdeburger Bezirk wissen nach ganz zuverlässigen Meldungen überhaupt nichts von einem Beschluß der Bergarbeiter, in einen „Streik“ für die Kaliarbeiter einzutreten. Den fraglichen Solidaritätsbeschluß haben unverantwortliche Elemente, die nicht Mitglieder irgendwelcher Belegschaften sind, abgeben und sind danach auch zu bewerten.

Zur Psychologie des Friedensschlusses.

Aus Luzern sendet uns Genosse Viktor Schiff folgende Bemerkungen zu dem in unserer letzten Sonntagsausgabe erschienenen Erwiderungsbriefe des Professors H. R. Hörster: „Der Professor Hörster bestreitet, daß seine Ideale Schiffbruch erlitten haben. Niemand von uns müht sich um, daß er seine sozialistischen Überzeugungen unter dem Eindruck der verfallenen Bedingungen aufgeben, ebensowenig wie irgendeiner von uns seinen Glauben an den endgültigen Sieg des Sozialismus preisgibt, weil der Friedensvertrag die sozialistischen Gedanken und Forderungen mit Füßen tritt. Aber ist es nicht bezeichnend für die Minderheit meiner Behauptung des — selbstverständlich nur vorläufigen — Schiffbruchs des Sozialismus, wenn ein so überzeugter Sozialist wie Hörster durch den Inhalt des Friedensvertrages derart enttäuscht und entsetzt war, daß er (in seinem von mir erwähnten Brief an Theodor Wolff vor der Weimarer Entscheidung) zur Ablehnung der Bedingungen dringend rief?“

Seinem Bedauern einer mangelnden Aufklärung des deutschen Volkes über vergangene Fehler, Sünden und Verbrechen habe ich mich ausdrücklich angeschlossen, aber meinen Einwand, daß die fortwährenden Unruhen und Putzche seit der Revolution eine solche Aufklärungsarbeit fast unmöglich machen, habe ich aufrecht. Die Behauptung Hörsters, daß gerade diese Gäßlichkeit der neuen Männer so weite Kreise des deutschen Volkes dem Sozialismus zuführte, hält einer ersten Prüfung nicht stand und kann nur durch einen Postillioner aufgestellt werden, der die Ereignisse nicht unmittelbar, sondern von einem stillen, neutralen Winkel aus erblickt. Ganz abgesehen davon, daß es den Berliner „radikalen“ Kreisen sowohl im Januar wie im März herzlich wenig auf die Hörster'sche Aufklärungstheorie ankam, so genügt es wohl auf die Tatsache hinzuweisen, daß sogar Kurt Eisner in den Spartakisten seine erbittertsten Gegner hatte, die die kommunistische Revolution gegen ihn gerade in den Tagen vorbereiteten, als er von gegenrevolutionärer Seite hingerichtet wurde.

Meine Behauptung, daß Männer wie Gerlach, Herzog, Stellung des Militärs gegen das neue Deutschland genährt haben, könnte ich jeder Zeit — bei günstigeren Raumverhältnissen — mit Zitaten aus der französischen Presse belegen. Wie die größten Pariser Tageszeitungen — und die sind es, die in erster Linie die öffentliche Meinung weniger vertreten als „machen“ — die Elaborate und Aeusserungen dieser Männer gegen das neue Deutschland ausgeflutet haben, dürfte Herr Hörster ebenso bekannt sein, wie mir selbst. Die Wüste, Deutschland bzw. seinen „neuen Männern“ zu schaffen, lasse ich dahingestellt, die tatsächliche Wirkung aber stelle ich hiermit erneut fest.

Nur noch eins: Prof. Hörster sagt bezüglich der Veröffentlichung der Rautschschen Akten, die er vor den Friedensverhandlungen vermehrte: „Was das Ausland tut oder nicht tut, darf uns dabei nicht berühren.“ Das ist ein Standpunkt, den viele ehrliche Idealisten außer Hörster, unter anderem Kurt Eisner, konsequent vertreten haben. Ich würde allerdings mit sachlichen Einwendungen dagegen polemisieren, wenn nicht Hörster selbst mir diese Nähe erspart hätte, indem er einige Zeilen weiter schrieb, man könnte nicht genug das deutsche Volk darauf hinweisen, daß es nicht gegen Engel, sondern gegen Menschen Krieg führte, die uns vielfach mit Geh und Knusperl gegenüberstanden.

Quod erat demonstrandum. Meine ganze Polemik gegen Professor Hörsters Artikel im „Berliner Tageblatt“ wollte nichts anderes beweisen.

Rücktritt des österreichischen Gesandten in Berlin. Der österreichische Gesandte in Berlin, Dr. E. M. Hartmann, hat heute, nachdem er schon kürzlich dem Staatskanzler sein Amt zur Verfügung gestellt hatte, Dr. Renner mündlich seine Demission gegeben. Der Staatskanzler hat die Demission zur Kenntnis genommen und Hartmann gebeten, einstweilen die Geschäfte in Berlin fortzuführen.

Industrie und Handel.

Börse.

An der Börse bemerkt sich das Geschäft in sehr engen Grenzen. Die Haltung war eher etwas schwächer mit Rücksicht auf die Streikbewegung der Bankbeamten in Hamburg, von der man fürchtete, daß sie auf Berlin übergriffe würde. Rentenwerte zeigten geleistete Haltung. Schiffahrtsaktien waren schwächer, Farbwerke uneinheitlich. Elektro- und Rüstungspapiere lustlos. Höhere Kurse erzielten Kolonialpapiere, die ziemlich lebhaft umgesetzt wurden. Petroleum-Werten waren ungefähr behauptet; heimische Rentenwerte gaben teilweise nach. Kriegaanleihen stellten sich auf ungefähr 80%.

Parteinachrichten.

Internationales Komitee sozialistischer Studenten. Infolge einer Anregung, die im Februar d. J. von den revolutionären sozialistischen Studenten Frankreichs ausging und bei den sozialistischen Studenten anderer Länder Anklang fand, gründeten einige Genfer Genossen kürzlich das Internationale Komitee der sozialistischen Studenten (Comité International des Etudiants socialistes, C. I. E. S.). Dieses Komitee hat die Aufgabe, die sozialistischen sowie die kommunistischen und revolutionären Studentengruppen jedes Landes zu sammeln und im Laufe des nächsten Dezembers einen internationalen Kongress in Genf einzuberufen. Das Komitee teilt mit, daß es eine ständige Subskriptionsliste eingerichtet hat, und daß es alle Buben zu empfangen und alle Zuschriften zu erlösen bereit ist: Comité International des Etudiants socialistes, 8, Rue des Chaudronniers, Genève (Suisse).

Groß-Berlin

Annäherung Scherereien. Und wird geschrieben: Ich bin Schwede und seit 21 Jahre in Deutschland anständig und seit 1905 nicht mehr in Schweden gewesen. Da ich jetzt Ferien habe, wollte ich nach dort fahren, um mich zu erholen und meine Verwandten zu besuchen. Aber das war leider gebot, wie ausgeführt. Zunächst holte ich mir vom Polizeibüro einen Fragebogen, den ich sorgfältig ausfüllte und auf welchem das Revier berichtet, daß kein Hindernis für die Reise vom Revier aus vorlag.

Am Tage darauf war ich um 7 Uhr früh auf dem Polizeipräsidium, um einen Sichtvermerk zu bekommen. Mehrere hundert Personen warteten schon da. 10 Uhr kam ein Beamter und rief: „Ausländer sollen vorziehen und nach dem Zimmer 158 gehen.“ Nach oben gekommen, wurde mir gesagt: „Heute zu spät. Die Karten sind schon verteilt. Sie müssen morgen wiederkommen.“ Dann bin ich nach zwei anderen Zimmern geschickt worden, wo auf dem Fragebogen vermerkt wurde, daß nichts gegen meine Ausreise vorlag. Nächsten Tag war ich wieder da. Aber da nur circa 60 Marken jeden Tag ausgegeben werden, kam ich natürlich zu spät. Es ist mir unverständlich geblieben, wie die Behörden nur ein Zimmer für diesen Haufen in Präsidium eingerichtet haben, wenn beinahe hundert täglich hinstimmen, um Pässe zu besorgen.

Zwei Tage später war ich wieder früh 7 Uhr im Präsidium, mußte mich anstellen und bekam dann glücklicherweise eine Marke Nr. 19. Als ich um 10 Uhr abgefertigt werden sollte, hielt es: „Steuerbescheinigung.“ Eine Steuerquittung wurde vor, gezeigt, genaugen oder nicht. Es mußte eine Bescheinigung vom Steueramt sein, damit von dort aus nichts im Wege lag für die Ausreise. Ich ging sofort und kam dann gegen 12 Uhr mit der gewünschten Bescheinigung zurück. In dem Zimmer saßen drei Damen, einer davon übergab ich meine Papiere. Sie sagte in einem höflichen Tone: „Was, Sie wollen nach Schweden auf Besuch fahren! Das gibt's nicht! Ohne Krankenattest sind keine Vergnügungsreisen nach dem „Auslande“ gestattet. Das ist dadurch ausgesetzt wurde, nachdem man sich dort in den Tagen hin und her gerannt war, kam man sich wohl denken. Da ich mir erlaube zu sagen, daß ich mich beschweren werde, wurde mir in schroffem Tone geantwortet: „Sie haben sich gar nicht zu beschweren; Sie haben sich ruhig zu verhalten.“ Darauf habe ich mich denn zum Polizeipräsidenten führen lassen. Ich habe ihm mein Leid gesagt und mich über die Behandlung der Frau beschwert. Es tat ihm leid, aber er erklärte, nichts gegen bestehende Vorschriften machen zu können. Nur in dringenden Fällen dürften Reisen über die Grenzen erlaubt werden. Er sagte, daß ich fahren dürfte, jedoch nicht wieder zurückkommen könnte. Ich habe ihm entgegnet, daß ich ca. 21 Jahre in Deutschland bin und seit 1905 nicht in Schweden gewesen bin, daß ich mich hier zu Hause fühle und hier meine Existenz habe. Einen Tag darauf bin ich dann nach der schwedischen Gesandtschaft gefahren und habe von dort aus ein Schreiben bekommen, in welchem die deutschen Behörden gebeten wurden, mich fahren zu lassen. — Nun wieder nach dem Präsidium, erhielt aber nur dieselbe Erklärung wie vorher, von Reisen nur in allerdringendsten Fällen. Ich sprach darüber meine Verwunderung aus und erlaubte mir auch zu bemerken, daß es mir kontlich vorkam, daß deutsche Kaufleute täglich hin und her fahren dürfen, aber ich als neutraler Ausländer nicht fahren dürfe.

Es ist ein Skandal für die deutsche Republik, daß solche rüchstandigen Zustände noch bestehen. — Aber die Herren wollen sich nichts sagen lassen — und ich muß jetzt in Deutschland bleiben.

Umfangreiche Entlassungen von Postaushilfskräften.

Zu dieser Notiz im Abdruck vom Freitag, den 8. August, wird uns vom Transportarbeiterverband geschrieben: „Daß die durch die Demobilisierung und die Entlassung aus der Gefangenenschaft frei werdenden, vor dem Kriege bereits festangestellten Postbeamten automatisch wieder in ihre Stellen einzurufen, ist selbstverständlich. Wir möchten aber die Frage aufwerfen, wieviel Postbeamte wohl noch aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehren können, da doch der allergrößte Teil der Postbeamten rekrutiert war. Wir vertreten den Standpunkt, daß die aus der Gefangenenschaft zurückkehrenden Postbeamten gegenüber den 23000 in Groß-Berlin im Postdienst stehenden Aushilfskräften in keinem Verhältnis stehen, so daß hier berechtigterweise von Massenentlassungen gesprochen werden könnte.“

Außerdem ist uns als zuständige Organisation von einer solchen amtlichen Bekanntmachung den Aushilfskräften gegenüber nichts bekannt.

Wir müssen vermuten, daß die Verwaltung versuchen will, die Postaushilfskräfte aus dem Grunde abzulassen, weil sie beschäftigt, Volkboten und Postbotenwärter einzustellen, die in einem bedeutend geringeren Tagelohn stehen. Außerdem haben die Hilfskräfte mit den Postboten unsere Organisation beantragt, der Reichspostverwaltung und der Oberpostdirektion einen Tarifvertragsentwurf mit Lohnstarb zu überreichen. Dies ist geschehen. Verhandlungen haben bereits am Mittwoch mit der Oberpostdirektion stattgefunden. Eine bindende Antwort ist noch nicht erfolgt. Sollte dies die Antwort sein? —

Im Anschluß hieran sehen wir uns nun gestungen, auf die Entlassungen selbst zurückzukommen. Laut Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums vom 23. Mai dürfen Entlassungen von Kriegswitwen und Kriegerverwunden, deren Männer sich noch in Kriegsgefangenschaft befinden, nicht stattfinden; demgegenüber ist in vielen Fällen verbindlich festgestellt, daß Kriegswitwen und Kriegerverwunden tatsächlich von der Postverwaltung

zur Entlassung gebracht worden sind, man aber auf der anderen Seite junge Mädchen oder Frauen, deren Männer Erwerb hatten, eingestellt hat. Ferner sind Kriegswitwen entlassen worden, aber Frauen, deren Männer Beschäftigte haben, mit der Begründung weiter beschäftigt worden, daß diese letzteren aus „technischen“ Gründen nicht zu entlassen sind. Ferner soll laut Schiedspruch bei Neueinstellung der paritätische Arbeitsnachweis benutzt werden (Müllerstr. 9).

Laut Demobilisierungsgesetz sollen ferner alle Personen usw., die nach dem 1. August 1914 nach Berlin gezogen sind, nach den für die einzelnen zutreffenden Bestimmungen wieder abgehoben werden. Im Unterlassungsfalle wird jedem Arbeitgeber bis zu 10000 M. Geldstrafe angedroht. Was tut die Postverwaltung? —

Sie zieht noch Arbeitskräfte nach Berlin heran. So sind auf einem Postamt circa 500 Auswärtige, einem anderen Postamt circa 100 Auswärtige ohne Benutzung des Arbeitsnachweises eingestellt worden. Auf anderen Postämtern sind die in Frage kommenden entlassen worden, um nach vier Wochen wieder eingestellt zu werden.

So admet die Postverwaltung ministerielle Anordnungen und bestehende Reichsgesetze! —

Wir appellieren hiermit durch die Öffentlichkeit an den Demobilisierungsminister Groß-Berlins, um hier ganz energisch und dringend Abhilfe zu schaffen.

Differenzen bei den Berliner Bekleidungsämtern.

Die Einschränkung der Militärbedriebe hat zu Differenzen zwischen der Intendantur und den Angestellten der Korps-Bekleidungsämter geführt. Durch Bekanntmachung war den Angestellten und Handwerklern kürzlich mitgeteilt worden, daß infolge der Auflösung des alten Heeres und die Übertragung der Reichswehr auf 20000 Mann die Bekleidungsämter in ihrer bestehenden Form nicht mehr weitergeführt werden könnten und daß die Entlassung des allergrößten Teils der Handwerker und anderen Angestellten unvermeidlich sei. Es wurde den augenblicklich noch in den Bekleidungsstellen Beschäftigten der Rat erteilt, sich rechtzeitig nach einer anderen Beschäftigung umzusehen. Gegen diese Verfügung der Intendantur erhoben die Arbeiter Protest und verlangten eine langfristige Kündigung, da sie ohne weiteres nicht in anderen Berufen unterkommen könnten. Da jedoch das Kriegsministerium keine Mittel mehr für die Aufrechterhaltung dieser Riesenbetriebe zur Verfügung stellen kann, hat auch die Intendantur die Forderung weiterer Löhne verweigert. Die Handwerker und Angestellten erklären noch wie vor, daß sie bis auf weiteres in den Betrieben bleiben, bis die Entlassungsfrage geregelt sei. Eine Kommission will sich an das Kriegsministerium wenden, um die Intendantur zur Bereitstellung der gestern fälligen Löhne zu veranlassen.

Vorzugsliste für Heimkehrer

für die Woche vom 11. 8. bis 17. 8.

Amerika	England	Frankreich	Belgien
Roten	Roten	Roten	Roten
17	75	230	230
15	68	215	205

Ein Radfahrer ermordet.

Auf der Chaussee Schwaneberg-Pausin bei Spandau wurde am Sonnabend abend die Leiche eines etwa 45-jährigen Radfahrers mit einer tödlichen Schußverletzung aufgefunden. Der Ermordete hatte keine Papiere bei sich und war seiner Identität beraubt. Der Mord scheint in der dritten Nachmittagsstunde verübt worden zu sein. In dieser Zeit wurde in der dortigen Gegend ein anderer Radfahrer gesehen, der vielleicht als Täter in Betracht kommt. Der Verdächtige ist 30 bis 40 Jahre alt, etwa 1,70 Meter groß, bartlos und trug Militäranzug mit auffallend weitem Halse.

Diebstahl bei einer Filiale der Dresdener Bank. Vom Sonnabend bis heute morgen sind aus der Filiale der Dresdener Bank, Landsberger Straße 100, aus einem Tresor 95000 M. bares Geld und für mehrere 100000 M. Wertpapiere verschwunden. Der Diebstahl soll mittels Nachschlüssels ausgeführt worden sein.

Im Tiergarten erschossen hat sich in der vergangenen Nacht ein noch unbekannter junger Mann. Er wurde in der Nähe des Spielplatzes am Schneckenberg mit einer Schußwunde im Kopf auf einer Bank liegend bewußtlos aufgefunden. Der Selbstmörder wurde nach der Charité gebracht, verstarb aber hier kurz nach der Aufnahme. Ausweisepapiere hat der Tote keine bei sich. Er ist etwa 22 Jahre alt und scheint nach seiner Kleidung den besseren Kreisen angehört zu haben. Ein Siegelring, den er bei sich hatte, ist B. A. gezeichnet.

Unfall auf der Obersee. In der Nacht zum Sonntag kenterte auf der Obersee zwischen Abtei und Fietzhäuschen ein Wasserrod, das mit sieben Personen besetzt war. Einem hinzugekommenen Schleppdampfer und Rudern gelang es, fünf Personen, die dem Ertrinken nahe waren, zu retten, während zwei Radfahrer, die etwa 15-jährige Martha Hermann aus der Pausener Straße 19 und ein 15-jähriger junger Mann aus der Frankfurter Straße, ertranken.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Reinlebensmittel. Auf Abchnitt 7 der Gemeinde-Bezugskarte für August 1 besteht Eihühner. Auf Abchnitt 6 ein Pöckchen Eihühner nur noch bis morgen. Verkaufspreis für ein Pöckchen Eihühner H 12 50 Pf. Bekohndorf. Auf Abchnitt 40 der Kreislebensmittelliste 200 Gramm Gekochtes (3 Pf.), Abchnitt 43 und 44 je 150 Gramm Graupen (14 Pf.), Abchnitt 53 250 Gramm gedörrte Kartoffelscheiben (90 Pf.), Abchnitt 60 250 Gramm ausländische Hüllentrübe (63 Pf.), Abchnitt K 12 der Ein- und Zweifachpreise 250 Gramm amerikanisches Rindfleisch (42 Pf.) und auf Abchnitt 42 für Augenblicke 250 Gramm Rübchen (34 Pf.) Anmerkungen bis einigt. Mittwoch, den 13. Warenausgabe vom Freitag ab. — Auf Abchnitt 8 der Bekohndorf Lebensmittelliste für ältere Personen 100 Gramm Kaffee (2 Pf.). Anmerkungen bis Mittwoch, Warenausgabe Freitag, Freitag bei den hiesigen Kaufleuten an schwächere Frauen im 4.—6. Monat und an Kinder im 6.—13. Lebensjahre je 1 Dose amerikanische Kondensmilch (3 Pf.) gegen Bezugschein; ferner beim Kaufmann Josef Knabensch, Torplatz 22, an Kinder im 11. und 12. Lebensjahre 1 Dose Schokolade (1,70 Pf.) gegen Bezugschein. Bezugscheine bis Mittwoch, den 13. im Gemeindeparkhaus 9.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Stenographische Gesellschaft Gabelberger. Dienstag, abends 8 Uhr, Bürger-Kasino, Schönberg, Hauptstr. 107.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

33. Wörlg. Heute 7½ Uhr Propagandakommission Sitzung bei Tamme, Pöckchen, Ede Hammerstraße.

Reinlebensmittel. Heute 8 Uhr Funktionärsitzung Rindl-Bräuererei, Hermannstr. Groß-Berliner Parteinachrichten. Mittwoch, 7½ Uhr, Aula Reichsanstalt, Pöckchenstr. 107. Parteiverammlung. Vortrag des Gen. Kallstl über Militärwesen und Verdienstausbau. Wichtige Vereinsangelegenheiten. Bitte mitkommen.

Reinlebensmittel-Ch. Mittwoch, abend 1., 2., 3. Bezirk bei Raab, Pöckchenstr. 127. 4., 5. Bezirk bei Weiser, Schillerpromenade. 6., 7. Bezirk bei Weiser, 8., 9., 10. Bezirk bei Weiser, Ede Deuststraße. 11., 12. Bezirk bei Weiser, Pöckchen, Ede Hammerstraße.

Aus aller Welt.

Eisenbahnunfall bei Wien. Nach einer amtlichen Meldung fuhr am 9. August nachmittags bei Wien (Westsien) ein Postzug in einem Güterzug in die Flanke. Drei Militärpersonen wurden getötet, zwei schwer und drei leicht verletzt. Der Materialschaden ist erheblich.

